

## **FREIE WÄHLER lehnen Chatkontrollen auf europäischer Ebene ab**

Die laufenden Beratungen über die sogenannte Chatkontrolle in der EU stellen einen schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger dar. Kern der geplanten Verordnung ist die Einführung von Upload-Filtern und algorithmischer Überwachung in privaten Messengerdiensten. Demnach könnte jede Nachricht und jedes Bild auf potenziell strafbare Inhalte gescannt werden. Selbst verschlüsselte Chats wären durch den Einsatz von Client-Side-Scanning betroffen. Datenschützer, Bürgerrechtsorganisationen und IT-Experten warnen deshalb eindringlich vor den Folgen.

Nachdem nun auch die schwarz-rote Bundesregierung signalisiert hat, den Antrag im EU-Rat nicht zu unterstützen, muss **dieser Angriff auf die digitale Privatsphäre von Millionen unbescholtener Menschen endlich von der EU-Kommission gestoppt werden.**

Die FREIE WÄHLER begrüßen, dass nach dem Signal der Bundesregierung, dem Vorschlag zur Chatkontrolle nicht zuzustimmen, die geplante „Allgemeine Ausrichtung“ zur CSA-Verordnung von der Tagesordnung des Rates der Justiz- und Innenminister für den kommenden Montag gestrichen wurde. Damit wird eine Abstimmung in der Ratssitzung am Dienstag immer unwahrscheinlicher. Statt das Thema für Dezember dieses Jahres auf Wiedervorlage zu legen, sollte das gesamte Vorhaben auf EU-Ebene beerdigt werden.

**Neben dem Angriff auf die digitalen Grundrechte der Menschen wäre die CSA-Verordnung ein verheerender Rückschlag für die digitale Souveränität Europas.**

Dank der starken europäischen Datenschutzgesetzgebung konnten europäische Unternehmen Dienste entwickeln, auf deren Datenschutz, Sicherheit und Integrität sich Nutzer weltweit verlassen. Dieser Ruf verschafft den in Europa ansässigen Diensten ein Alleinstellungsmerkmal, mit dem große US-amerikanische und chinesische Tech-Anbieter nicht mithalten können. Dies ist einer der wenigen, wenn nicht sogar der einzige Wettbewerbsvorteil Europas im Technologiesektor gegenüber den USA und China, doch die CSA-Verordnung droht diesen Erfolg zunichtezumachen. Dabei hat sich die EU verpflichtet, die Cybersicherheit durch Maßnahmen wie die NIS2-Richtlinie, den Cyber Resilience Act und den Cybersecurity Act zu stärken. Damit erkennt die EU die Verschlüsselung als wesentlich für die digitale Unabhängigkeit Europas an. Die CSA-Verordnung darf diese Errungenschaften jedoch nicht untergraben, indem sie systemische Schwachstellen vorschreibt.

*Digitale Massenüberwachung und das bewusste Schaffen von Schwachstellen sorgen nicht für mehr Sicherheit. Im Gegenteil: Dadurch entstehen für die meisten Bürgerinnen und Bürger sogar mehr Risiken.*

Anstatt digitale Grundrechte zu untergraben und die digitale Souveränität zu gefährden, sind **gezielte Strafverfolgung, bessere internationale Zusammenarbeit und präventive Maßnahmen** erforderlich.

- Die FREIE WÄHLER setzen sich deshalb für einen Ausbau der nationalen und europäischen Strafverfolgungsmöglichkeiten ein. Neben einem deutlichen Personalausbau bei den Strafverfolgungsbehörden und der Stärkung der Ermittlungsbehörden durch den Ausbau von Quick-Freeze-Verfahrensmöglichkeiten sowie die Nutzung von Login-Fallen, wie sie schon 2022 vom Digitalverein D64 vorgestellt wurden, müssen weitere zielgerichtete Methoden zur effizienteren Strafverfolgung im Netz ausgebaut werden.

### **Schaffung einer zentralen Meldestelle**

Die Aufdeckung von online gezeigtem Kindesmissbrauch in der EU stützt sich derzeit hauptsächlich auf die USA. Zuständig ist das Nationale Zentrum für vermisste und ausgebeutete Kinder. Den Dienstleistern schreibt das US-amerikanische Recht vor, solche Inhalte dem Zentrum zu melden statt der Polizei. In der EU gibt es momentan keine zentrale Organisation, bei der Dienstleister Meldung erstatten können.

- Die FREIE WÄHLER setzen sich für eine schnellere Entfernung von Inhalten auf EU-Ebene sowie für altersgerechte Melde- und Beschwerdestellen im Netz ein. Alle Online-Plattformen müssen verbindliche, für Kinder und Jugendliche altersgerechte, rechtssichere und gut sichtbare Buttons einführen, damit Missbrauchsdarstellungen und Grooming-Versuche niedrigschwellig und schnell gemeldet werden können. Nationale Internet-Beschwerdestellen wie die eco-Beschwerdestelle erzielen bereits jetzt Löschraten von bis zu 99 Prozent bei Missbrauchsdarstellungen.

Deutschland darf diesem massiven Eingriff in die Privatsphäre nicht zustimmen. Die Bundesregierung muss im Ministerrat dagegen stimmen, für Freiheit, für Grundrechte, für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger.